# Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

*Berlin, September/Oktober 2015* — *65. Jahrgang, Nr. 755/56*


## Es gab viele Interessenten und aufgeschlossene Diskussionen

*VOS-Aktion zum 25. Jahrestag der Einheit in Frankfurt erregt Aufmerksamkeit bei den Passanten und den Polizei-Angehörigen. Die Politiker jedoch schauten weg!*

**Wie in der letzten Fg berichtet, riefen anlässlich der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Frankfurt/ Main auf dem Platz vor der Alten Oper die Kameraden Arno Selten und Gerd Franke von unserer VOS zu einer Mahnwache auf. Als Organisatoren bereiteten sie Transparente vor, auf denen deutlich sichtbar auf die früheren Schicksale und die heutigen Probleme der Opfer des SED-Regimes hingewiesen wurde. Trotz der zahlenmäßig schwachen Teilnahme an Mitgliedern wurde die Demonstration ein großer Erfolg, zu der auch unser 85-jähriger Kamerad Dr. Martin Hoffmann, der aus Karlsruhe anreiste, wesentlich beitrug.**

**Lesen Sie nachstehend den spannenden Bericht.**

Mit einer gesunden Portion Zufriedenheit und Genugtuung über den Verlauf der von uns organisierten Aktion rollten wir mit einer Reihe treuer und unentwegter Mitstreiter nach zwei Stunden unsere 15 Meter langen Transparente ein.

Eine gründliche Vorbereitung und ein intensiver Kontakt zum Koordinator der Sicherheitskräfte und zum Leiter des Ordnungsamtes Frankfurt a. M. ließ unsere Aktion zu einem klaren Erfolg werden.

**Zahlreiche Passanten und selbst junge Polizisten führten mit uns sachliche Gespräche.**

Denn zum Einen erhielten wir zu unserer Sicherheit genaue Hinweise, wonach der sogenannte gefürchtete Schwarze Block, eine etwa 1000 Personen starke, linksradikale Gruppe, gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei und den Sicherheitskräften angekündigt hatte und eine massive Störung der Einheitsfeier plante.

Zum Anderen wurden wir ausführlich darüber informiert, welcher Stellplatz (wir hatten ja mindestens mit 20 Personen gerechnet und auch angemeldet!) für unser Vorhaben vorteilhaft wäre und wir durch einen Sicherheitsstreifen von dem mutmaßlichen Sammelplatz der Linkschaoten getrennt werden sollten. Die Losungen unserer Transparente sowie das Mitführen eines VOS-Logos mit dem Hinweis des politischen Hintergrundes unserer Gemeinschaft haben überraschend schnell die Medienvertreter zu uns gelockt, denen wir dann Rede und Antwort standen. → **auf S. 5**

**Foto**: A. Selten, M. Hoffman und ein „unbekannter“ Kamerad (von links)

Der 25. Jahrestag der Deutschen Einheit ist vorüber, und wir alle, die wir uns noch für die Freiheitsglocke interessieren, haben mit großer Genugtuung gesehen, dass wir – obwohl in zahlenmäßig schwacher Besetzung – in der Lage sind, Aufsehen zu erregen und auf uns aufmerksam zu machen. Und dies auf friedliche, sachliche und keineswegs aufdringliche Art. Unsere Kameradinnen und Kameraden, die am 3. Oktober in Frankfurt vor der Alten Oper mit ihren Transparenten aufgetreten sind, haben das bewiesen. Daher möchte ich – womit ich sicher im Namen aller VOSler spreche – den Organisatoren und den Teilnehmern (auch ihren Angehörigen) unseren ehrlichen Dank aussprechen. Kamerad Arno Selten ist inzwischen über achtzig, und auch Dr. Martin Hoffmann, der für diese Aktion eigens aus Karlsruhe anreiste und in Frankfurt ganz fest seinen Mann stand, ist inzwischen 85 Jahre. Aber wir wissen es sowieso längst: Widerstand leisten und Erinnern machen eine gute Kondition und Konstitution. Wer die Absicht hat, 90 und älter zu werden, der sollte also der VOS beitreten.

Unser Dank gilt auch jenen Kameraden, die aus anderen Verbänden und Initiativen gekommen waren, um die Aktion zu stärken und mit Nachdruck auf sich und auf uns aufmerksam zu machen. Die Frage, die sich für mich daraus ableitet, werden sich sicher auch andere stellen: Warum kommt ihr, liebe Kameraden, nicht in unseren Verband? Gemeinsam ließe sich vielleicht etwas mehr erreichen als öffentlich zu demonstrieren, gemeinsam könnten wir unsere Forderungen mit mehr Nachdruck vertreten.

Der Bericht, den Kamerad Arno Selten und Kamerad Gerd Franke für unsere Zeitung abgefasst haben, gibt ein fesselndes und zugleich reales Bild der Geschehnisse jenes Tages ab. Ich bin ganz sicher, dass wir auch hierin übereinstimmen. Dabei möchte ich anfügen, dass mich zwei Aspekte besonders berührt haben: Zum einen ist es die hier geschilderte Gewalt, die der – von Polizei und Politik offenbar erwartete – linke Block ausgeübt hat. Ich habe in diesem Leben wahrlich manche als mulmig zu beschreibende Situation aushalten müssen. Allein im Zuchthaus war ich ständig mit Mördern, Sittlichkeitsverbrechern und sonstigen Gewalttätern quasi auf Tuchfühlung. Dazu die Vernehmungen bei der Stasi und elf Monate in der engen Zelle der U-Haft. Damit, so denkt man, kann einen nichts mehr das Fürchten lehren. Falsch gedacht.

## Auf ein Wort des Redakteurs

Einem Mob von anonym auftretenden Gewalttätern kann man wenig entgegensetzen. Wer sich mit denen anlegt, dem ist ein längerer Krankenhausaufenthalt, wenn nicht der Platz auf dem Friedhof, sicher. Offenbar sind diese Leute in puncto Gewaltausübung und im „Abtauchen“ regelrecht geschult. Und gerät dann doch mal einer in die Fänge der Polizei oder später sogar der Justiz, so stehen routinierte Anwälte bereit, die die Täter mit unverschämten Argumenten freiboxen und stattdessen die Opfer verhöhnen und unglaubwürdig machen. Wir haben das alles erlebt, und wir stellen ein ums andere Mal die Frage, warum die Politik nichts tut. Haben unsere Abgeordneten aufgegeben? Verschließen sie absichtlich die Augen vor Kriminalität und Gewalt? Wir als ehemalige politische Häftlinge des SED-Regimes haben inzwischen erfahren, dass man uns die kalte Schulter zeigt, wenn wir uns – aus welchem Grund auch immer – in der Öffentlichkeit melden. Da heißt es befremdlich staunend: Was wollt ihr denn noch? Habt doch die Opferrente. Habt doch den westdeutschen Staat damals schon Unsummen für den Freikauf gekostet und sonstige Vergünstigungen bekommen.

Diese Demo in Frankfurt hat trotz der wenigen Teilnehmer bewiesen, dass wir aber immer noch da sind. Alt, krank und gebrechlich, das sind viele von uns, aber deswegen sind wir keineswegs gebrochen und schon gar nicht stumm und eingelullt. Kamerad Franke sagte mir am Telefon, es wäre wahrscheinlich das letzte Auftreten, das wir SED-Opfer in der Öffentlichkeit zustande gebracht haben. Ich kann das eigentlich nicht glauben. Dieser eine Auftritt hat vor allem bewiesen, dass wir das immer wieder können. Und dass wir gebraucht werden. Die Neugier, die Polizisten und Passanten unseren Kameraden und deren Themen entgegenbrachten, bestätigt die Erfahrungen, die wir in NRW beim Zeitzeugenprojekt der VOS fast regelmäßig erleben: Die Menschen, insonderheit die Schülerinnen und Schüler oder selbst die Inhaftierten im Strafvollzug, wollen wissen, wie das war in der DDR. Das wirkliche Interesse geht weit über die drei Standardbegriffe der Medien hinaus: Stasi, Trabi und Sandmännchen. Die Besuchszahlen und die Führungen an den Gedenkstätten der früheren Haftanstalten zeigen ebenfalls, wie wichtig und wie attraktiv der von uns geleistete Widerstand heutzutage wahrgenommen werden kann. Wir brauchen einfach mehr Selbstbewusstsein.

Nochmals zur Demo vom Tag der Einheit. Der zweite Aspekt, der mich nachdenklich macht, ist die abschätzige Ignoranz der Politikerinnen und Politiker, von der wir in dem Bericht erfahren. Ist die Kluft zwischen Volk und Regierung bereits so groß, dass man nur noch mit Leuten spricht, die einem das vorsäuseln, was man im Bundestag hören will? Das wären dann – noch nicht mal modifiziert – DDR-Verhältnisse. Wenn ich als Politiker auf der Straße höflich angesprochen werde, sollte ich zumindest Blickkontakt anbieten und auch mal eine Antwort geben. Allein aus Höflichkeit. Nicht jeder, der mit einem Plakat auf die Straße geht, ist kriminell oder geistig zurückgebliebenen. Wie soll man sich bemerkbar machen, wenn einem die Politiker auf ein Anschreiben mit Floskeln oder gar vorgedruckten Briefen antworten?

Im nächsten Jahr haben wir mit dem 55-jährigen Datum des Mauerbaus wieder einen „runden“ Gedenktag. Wir könnten durchaus wieder etwas auf die Beine stellen.

*Bis zur nächsten Ausgabe*
*Ihr Alexander Richter*

# In dieser Ausgabe – Themen, Hinweise, Daten


*Titelseite*

**Es war trotz zahlenmäßig geringer Teilnahme eine aufsehenerregende Demonstration der SED-Opfer und deren Schicksale**
Die VOS-„Macher“ aus Hessen und Rheinland-Pfalz berichten von ihrer gelungenen Aktion
Seiten 1, 6, 7

***Redaktionsthema*:**

**Wer hat Angst vorm Schwarzen Block? Alle.**
Chaoten und Gewalttäter waren bereits angekündigt. Und sie kamen auch. 2

**Das Erinnern ist ebenso wichtig wie das Nicht-Vergessen**
Die Briefe von Joachim Fiedler und die Antworten darauf zeigen uns, wo wir stehen 4

**Eigentlich steht er auf unserer Seite. Oder?**
Der Bundespräsident antwortet (endlich) 4

**Frau Merkel, geht man so mit Opfern um?**
Wie man einem 98-Jährigen übers Maul fährt und ihm die „historischen Quellen“ rechts und links um die Ohren haut 5

**Das will wohl keiner mehr lesen. Nur noch wir selbst, weil wir es nicht loswerden**
Zwangsarbeit, Zwangsarbeit, Zwangsarbeit
Zwei Leserbriefe 5

**Eine objektive, politisch-historische Einordnung ist nicht gelungen**
Über die Ausstellung zur neueren Stadt- und Regionalgeschichte Neubrandenburgs 7

**Wer diese Stätte plattmacht, tilgt ein einmaliges Stück Geschichte**
Das Gefängnis am Chemnitzer Kaßberg muss um seiner Einmaligkeit willen ein würdiger Gedenk- und Lernort werden 8

**Grün uniformierte Volksfeinde mit Stasi-Nähe?**
Die Volkspolizisten der DDR waren wahrlich keine Saubermänner mit gutem Gewissen 9

**Unbedingt den Fernseher einschalten!**
Im Dezember wird über das Thema Zwangsarbeit berichtet 10

**Zehn Jahre zu spät aus dem Amt gegangen?**
Zum Wechsel der Linken-Fraktionsspitze 11

**Diese Erinnerungsstücke dürfen nicht weggeschafft werden**
Überreste vom Stasi-Knast in Neubrandenburg 11

**Jede Rückkehr ist eine Reise ins Grauen**
Filmaufnahmen im Zuchthaus Waldheim 12 -13

**Über Politiker, Stasi-Trauma und Körperökonomien**
Ein abwechslungsreicher Bücherbogen 14

**Mit 16 Jahren inhaftiert, mit 86 verstorben**
Wir trauern um den großartigen Wolfgang Looß aus Chemnitz 15

**Leserbriefe** 4, 5, 6
**Anmerkungen, Meldungen** 7, 11, 15, 16
**Todesmeldungen, Nachruf** 15
**Impressum / Aufruf** 16


## Spender für die VOS: Bitte nicht nachlassen!

Gottfried Walther, Helmut Günther, Jürgen Wendler, Hagen Herbst, Fritz Theodor Lessmüller, Gunnar Rieger, Werner Mieth, Roland Steinbach, Friderun und Egon Seel, Steffen Buschmann, Eberhard Kaduk, Hans-Christian Braun, Helmut Kropp, Bernhard Harz, Gottfried Mothes, Horst Holtz, Ursula und Kurt Siehl, Reinhard Schwartz, Josef Sigl, Hans Schwan, Petra und Roland Frischauf, Hartmut Schlotte, Dr. Martin Hoffmann, Rolf Göbel, Dieter Jakob, Günter Steinrücken, Bernd Schnabelrauch, Dieter Wendt, Helmut Laas, Johannes Hönisch, Dr. Peter Heinrich, Klaus Feibig, Günter Jäger, Heinz Noack, Michael Faber, Erhart Krätzschmar, Karl-Heinz Ulrich, Liesel Albina Mayer, Hans Koch, Hartmut Bönicke, Günter Scharf, Gerhard Janson, Erna und Joachim Fiedler, Wilfried Seifert. Weitere 26 Spenden unter dem Kennwort „Dr. Manfred Krause“

**Allen hier aufgeführten Kameradinnen und Kameraden einen herzlichen Dank.**

**Achtung, ein Hinweis an einige Kameraden**
Es konnten in dieser Ausgabe mehrere besonders umfangreiche vorliegende Fg-Beiträge nicht berücksichtigt werden. Diese erscheinen in der nächsten Ausgabe.

Danke für das Verständnis.

## Einladung

**Samstag,**
**den 5. Dezember 2015,**
**10.00 Uhr**
nach 09111 Chemnitz,
Markt 1, im Ratskeller
(links),
(Einlass: ab 09.30 Uhr)

Der VOS-Landesverband
Traditionell wollen wir uns wieder im Kreise der Kameradinnen und Kameraden, begleitet von Familienangehörigen und Freunden, wiedersehen.
Gemeinsam mit unserem Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Lutz Rathenow und unserem VOS-Landesvorsitzenden, Frank Nemetz, nehmen wir Rückblick auf 2014/2015 und werden zu aktuellen Themen berichten und diskutieren.
Der Vorstand der VOS
Chemnitz – Hohenstein-Ernstthal – Stollberg
Teilnahmebestätigung
bitte an VOS-CHEMNITZ,
Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz
oder per Telefon unter
017682573161.

## Missverständnisse, Misslichkeiten und hoffentlich Annäherung

*Immerhin aber erhielt Joachim Fiedler (und mit ihm die VOS) nunmehr zwei (!) Antworten auf seine Schreiben an die führenden Politiker*

In der vorigen Fg-Ausgabe veröffentlichten wir auf Seite 5 einen inhaltsreichen Beitrag unseres verdienten Kameraden Joachim Fiedler, der dieses Schreiben an den Bundespräsidenten, die Kanzlerin und den SPD-Vorsitzenden zum Gegenstand hatte. Der Brief bezog sich auf die Ereignisse des Volksaufstandes vom Juni 1953 und stellte neben den damaligen Abläufen auch auf die Schicksale der Opfer jener Tage, aber auch der Opfer der gesamten Kommunismus-Ära in der SBZ/DDR ab. Ganz explizit verwies Joachim Fiedler auf die heutige Situation der Opfer und Widerständler aus der Zeit 1945 bis 1989, wobei nicht nur die wirtschaftlich unbefriedigende Lage vieler ehemaliger politischer Häftling thematisiert wurde, sondern vor allem auch die Abkehr der Politiker und Medien von dieser zahlenmäßig keineswegs kleinen Gruppe angemahnt werden sollte.

Das Schreiben von Joachim Fiedler spricht uns ehemaligen Häftlingen und Verfolgten des Kommunismus aus dem Herzen, es zeigt der Öffentlichkeit, wo wir stehen, wie man mit uns umgeht; darum wurde es in der Freiheitsglocke abgedruckt. Es ist indessen weder eine Kampfansage noch ein Bettelbrief, beides passt nicht zu uns. Wir können und dürfen es jedoch nicht hinnehmen, dass die Schicksale von mehr als tausend Mauertoten, die vielen Todesopfer der Stalin'schen Lager, die niederträchtige Verfolgung von Regimegegnern und die unvorstellbar menschenunwürdige Behandlung in den Haftanstalten von SBZ und DDR gerade noch in pathetischen Politikerreden an Gedenktagen thematisiert werden.

Niemand aus unseren Reihen wurde zur Festveranstaltung am 3. Oktober eingeladen, unsere wenigen noch mobilen Kameraden, die vor dem Eingang zur Alten Oper in Frankfurt a. M. unter Einhaltung des Demonstrationsgesetzes eine Mahnwache hielten, wurden nicht beachtet. Unsere Briefe an (führende) Politikerinnen und Politiker werden – wenn überhaupt – mit Standardsätzen beantwortet. Unser großer Vorwurf, dass wir in der Haft zur Zwangsarbeit – sogar für den West-Export – eingeteilt waren und uns dadurch erhebliche Einbußen für die Altersrente zugefügt wurden, versandet auf dem Zickzackweg durch die Instanzen.

Eine Antwort jedoch blieb fast drei Monate aus, so dass sich Kamerad Fiedler, der mit seinen stolzen 98 Jahren mittlerweile in ein Seniorenheim umgezogen ist, am 24. August 2015 zu einer konkreten Nachfrage veranlasst sah. Erst daraufhin erhielt er – und somit auch die VOS – eine Antwort, und diese geht uns alle an und ist daher nebenstehend für alle Bezieher der Freiheitsglocke nachzulesen:

## Antwort des Bundespräsidenten an Joachim Fiedler:

Sehr geehrter Herr Fiedler,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 2. Juni 2015, das die Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Ihrem Auftrag an den Bundespräsidenten, die Bundeskanzlerin und den Bundesminister für Wirtschaft und Energie weitergeleitet hat und das außerdem auch in der „Freiheitsglocke" veröffentlicht wurde.

Wahrscheinlich war Ihnen nicht bewusst, dass das Bundespräsidialamt offene Briefe, d. h. solche, die in Zeitungen oder im Internet publiziert werden, grundsätzlich nicht beantwortet, weil ein Briefwechsel nach unserem Verständnis immer eine höchstpersönliche Angelegenheit zwischen Absender und Empfänger ist und nicht auf öffentlicher Bühne verhandelt werden sollte. Trotzdem möchte ich Ihnen sagen, dass das, was Sie über Ihr Leben nach dem 17. Juni 1953 berichten, uns tief bewegt hat. Der Bundespräsident kennt – auch aus persönlichem Erleben – viele Schicksale wie das Ihre. Er wird deshalb nicht müde, an die Verfolgten in der damaligen DDR zu erinnern und ihren Mut und ihren Widerstand zu würdigen, dem wir letztlich auch die Friedliche Revolution von 1989 und die Wiedervereinigung verdanken. So ist es ihm auch ein besonders Bedürfnis, am 3. Oktober dieses Jahres die zentrale Rede zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung zu halten.

Ich bitte Sie um Verständnis dafür, dass der Bundespräsident aufgrund seiner verfassungsmäßigen Stellung keinen Einfluss auf die Gestaltung von Opferrenten nehmen kann, da dies dem Gesetzgeber vorbehalten ist. Ich kann aber versichern, dass er mit Hochachtung und Dankbarkeit auf die Menschen schaut, die 1953, 1989 und zu vielen anderen Zeitpunkten für die Freiheit in unserem Land eingetreten sind und dafür oft ein hohes persönliches Risiko in Kauf genommen haben.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Dr. Irene Wiegand

**Anm.:** Das Foto zeigt Bundespräsident Gauck nach der Festveranstaltung zum 25. Jahrestag des Mauerfalls, als er erfreulich volksnah mit anwesenden Bürgerinnen und Bürgern Gespräche führte. Auch Mitglieder der VOS waren zum ersten Teil des Festakts eingeladen.

## Die historischen Quellen ausgewertet

*Brief des Kanzleramtes an einen 98-Jährigen*

Sehr geehrter Herr Fiedler,
die Bundeskanzlerin hat mich gebeten, Ihnen den Eingang Ihres Schreibens vom 24. August 2015 zu bestätigen. Auch Ihr Schreiben vom 2. Juni 2015 liegt hier vor.
Ihre Ausführungen wurden hier aufmerksam aufgenommen. Ihr Brief vom 2. Juni 2015 war an drei Empfänger gleichzeitig gerichtet: Herrn Bundespräsidenten, Frau Bundeskanzlerin und Herrn Bundesminister Gabriel. Auf Seite 4 sprechen Sie dann aber gezielt den Bundespräsidenten an (ich zitiere: „Darum bitte ich Sie, Herr Bundespräsident Gauck, ...“) Hinsichtlich dieser Ihrer eindeutigen Formulierung hat die Bundeskanzlerin von einer Antwort Abstand genommen. Es kann auch nicht ihre Aufgabe sein, bei Mehrfachadressierungen das Antwortverhalten aller Empfänger zu koordinieren.
Ihrer Nachfrage vom 24. August 2015 - wiederum mehrfach adressiert - entnehme ich, dass Sie keinerlei Reaktion erhalten haben. Angesichts der Ernsthaftigkeit Ihres Anliegens stelle ich formale Aspekte zurück und teile Ihnen zur Sache Folgendes mit:
Sie beklagen, der damalige BK, Herr Dr. Helmut Kohl habe die Streikenden des 17. Juni 1953 in anderen Städten (als Berlin) „vergessen". Die Auswertung von historischen Quellen, die ich veranlasst habe, zeigt folgendes Bild:
Schon in seiner Zeit als Oppositionsführer hat sich Helmut Kohl für eine lebendige Erinnerung an den 17. Juni 1953 eingesetzt und etwa vor dem Bundestag 1980 den Anspruch von 17 Millionen Deutschen auf Selbstbestimmung, auf Menschenrechte und Freiheit unterstrichen.
Als Bundeskanzler nahm er 1983 die in den Jahren zuvor unterbrochene Tradition der Feierstunde zum 17. Juni im Bundestag wieder auf. In seinen Ansprachen zum Thema hat er immer wieder nicht nur Berlin als Ort des Geschehens am 17. Juni 1953 aufgegriffen, sondern auch Magdeburg, Rostock und viele andere Städte. In seiner Regierungserklärung am 17. Juni 1992 hat Helmut Kohl sogar namentlich Leuna als Industriezentrum der damaligen DDR erwähnt, wo die Arbeiter auf die Straße gingen - also gerade den Ort, den Sie in Ihrem Schreiben nennen.
Es kann insofern keine Rede davon sein, dass Helmut Kohl im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 nur die Vorgänge in Berlin vor Augen gehabt hätte.
Soweit die historische Betrachtung auf der Basis von Quellenauswertungen. Für Fragen der Entschädigung und Rehabilitierung von Opfern des DDR-/SED- Unrechts ist nach der Aufgabenverteilung der Bundesregierung das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zuständig (Mohrenstraße 37, 10117 Berlin). Ich bitte Sie daher, sich direkt dorthin zu wenden.
Die Bundeskanzlerin hofft, dass diese Informationen für Sie zielführend sind.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Rücker

## Widerstand in einer Diktatur zu leisten halte ich für eine Pflicht

*Zwangsarbeit in SED Haft ist nicht zulässig!*

✉ Wann will die Bundesregierung Haftzwangsarbeit, welche in DDR Gefängnissen geleistet wurde, entschädigen, wenn nicht jetzt? Die Liste der Firmen in der Bundesrepublik, welche von dieser Arbeit in DDR Haft profitiert haben, wird immer länger und die Betroffenen immer älter. DB·AG, IKEA und auch Weltfirmen wie BASF, Bayer und Höchst sind involviert und müssen sich überlegen, wie sie sich an einer Entschädigung für die Opfer beteiligen.

Die NS-Opfer von Zwangsarbeit, mussten den schwierigen Klageweg einschlagen und haben erst nach Jahrzehnten eine Entschädigung erhalten. In einer Diktatur Widerstand zu leisten halte ich für eine Pflicht, und alle politisch Inhaftierten im SED Staat haben dies getan. Nicht wenige sind dabei zu Tode gekommen, andere mussten schwere, harte Zwangsarbeit leisten.

Die WTO verurteilt die Zwangsarbeit, und dies ganz zu Recht.

Ich appelliere hiermit an die Verantwortlichen im Bundestag und alle übrigen Vertreter der demokratischen Parteien in unserem Land, aber auch an die betroffenen bzw. beteiligten Firmen, sich diesem Thema zu stellen, und eine Lösung herbeizuführen.

Jörg Petzold

## Es gab und gibt so viele Hilfen, warum dann nicht auch für uns?

*Der 25. Jahrestag der Wiedervereinigung wäre ein angemessener Anlass für die Verbesserung von Leistungen für die SED-Opfer gewesen*

✉ In Kürze findet der Festakt des 25-jährigen Mauerfalls statt. Er bietet vielleicht die letzten Möglichkeiten für die VOS, die Forderungen der Opfer der SBZ/DDR erneut bei der zuständigen Stelle bzw. bei der Bundeskanzlerin einzubringen.

Der Bundeskanzlerin würde es gut anstehen, anlässlich dieses bedeutenden Ereignisses ein Ja zu den Forderungen der Opfer zu sagen und sie damit entsprechend zu würdigen.

Es gab ein Ja zur Hilfe für Griechenland.

Es gab ein Ja zur Hilfe für Flüchtlinge.

Warum sollte es nicht ein drittes Ja für die Forderungen der VOS geben?

Die erforderlichen Kosten für die Opfer der SBZ/DDR sind doch gegenüber denen, die für Griechenland angefallen sind bzw. noch anfallen werden, und denen, die alsbald für die Flüchtlingshilfe anfallen werden, sehr gering. Dies begründet sich vor allem auch darauf, da sie sich im Laufe der Jahre durch das Ableben der Berechtigten verringern werden.

*Karl-Heinz Genath (89 Jahre)*

***Anm.:*** Der vorstehende Leserbrief unseres Kameraden Genath wurde vor dem Tag der Deutschen Einheit abgefasst, er traf jedoch erst nach Auslieferung der Fg 754 ein. Das Thema bleibt ungeachtet dessen aktuell.

Fortsetzung von Seite 1

Ob es allerdings bei denen zu Anzeichen wirklichen Verständnisses für unsere Sache und unserer Argumente kam, war nicht unbedingt erkennbar.

Auch zahlreiche Passanten und selbst junge Polizisten führten mit uns sachliche Gespräche und Diskussionen. Nur ein einziger offensichtlich notorisch veranlagter Streithammel aus dem Bereich der Passanten wollte uns seine Vorstellung von seinem Begriff „Freiheit“ mit anhaltendem Nachdruck beibringen, zu unserer allgemeinen Erheiterung!

Da wir unmittelbar an der Zufahrt zur Alten Oper standen, in welcher die Einheitsfeier stattfinden sollte, musste nicht nur der Konvoi mit den gepanzerten Fahrzeugen und den nationalen und internationalen „Promis“ im Schritttempo an uns vorbeifahren. Eine ganze Reihe bekannter Vertreter des Bundestages gingen zu Fuß den Weg zur Alten Oper und mussten an uns und unseren Transparenten vorüber.

**Während uns Frau Steinbach von der CDU keines Blickes würdigte, kam von Herrn Müntefering von der SPD ein deutlich hörbares Knurren.**

Während die ehemalige Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Frau Steinbach von der CDU, von Kopf bis Fuß ganz in Rot gekleidet uns keines Blickes würdigte, was uns doch sehr verwunderte, quittierte der SPD-Politiker Müntefering unsere Aufforderung, die Texte der Transparente zu lesen, denn sie würden auch ihn und seine Partei betreffen, mit einem deutlich hörbaren Knurren und einer abfälligen Handbewegung. Ja, Herr Müntefering, die Wahrheit kann schon recht weh tun!

Irgendwann hatte wir urplötzlich das Gefühl, man hätte im Frankfurter Zoo versehentlich die Käfige der Brüllaffen geöffnet, denn der Schwarze Block, welcher ja in Wirklichkeit tief rot ist.

**Es war wie das kaum zu beschreibende Gebrüll einer Horde von Brüllaffen.**

Die Horde trat mit kaum zu beschreibendem tierischem Gebrüll in Aktion und stürmte das vor der Alten Oper befindliche Zelt des Bundesrates und lieferte sich mit einigen Hundertschaften der Polizei aus dem ganzen Bundesgebiet heftige Auseinandersetzungen, wobei diese von den Chaoten sogar mit Buttersäure besprüht wurden.

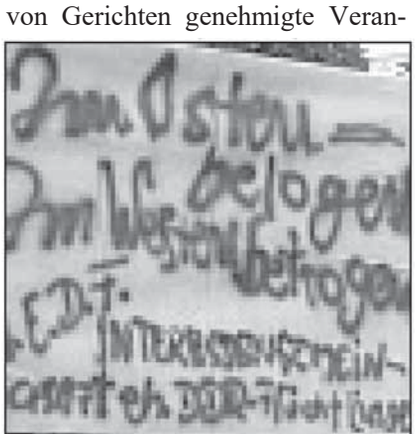
Wie angenehm musste wohl die Polizei unser sachliches Auftreten dagegen empfunden haben? Einer der jungen Polizisten aus Sachsen hatte sogar zu unserer Freude kurzfristig eines unserer Transparente mitgehalten. Überhaupt war das Interesse für uns und unsere Themen erstaunlich groß. Als wir sie darüber noch informierten, dass es Belege darüber gäbe, wonach jeder Teilnehmer des Schwarzen Blockes von linken Parteien und Institutionen schon seit Jahren eine Antrittsprämie pro Tag von 25 Euro und freie Fahrt zu ihrem Einsatzort erhielte, um als „Gegendemonstranten“ jede selbst angemeldete und von Gerichten genehmigte Veranstaltungen zu attackieren, wenn diese offensichtlich nicht in ihre Denkschemen passten. Das löste bei den jungen und offensichtlich auch unerfahrenen Polizisten spürbare Sprachlosigkeit aus, denn oft genug hatten sie die brutale Härte des Schwarzen Blockes am eigenen Leibe zu spüren bekommen.

Nachdem die Menschenmassen rund um die Alte Oper unüberschaubar wurden und der Schwarze Block durch die Sicherheitskräfte weitestgehend unter Kontrolle gebracht worden war, zogen wir uns auf eine kleine Anhöhe zurück und präsentierten uns nochmals gut sichtbar mit unseren Transparenten. Zu unserer Überraschung wurden wir von vielen vorüber kommenden Passanten sichtbar wahrgenommen, wir wurden häufig fotografiert und in Gespräche über unsere Thematik verwickelt. Für uns als Organisatoren dieser VOS-Aktion war dies unser Hauptziel, was wir auch an diesem Tag in vollem Umfang erreicht hatten.

**Selbst unser 91-jähriger beinamputierter Kamerad Giese schlug sich auf dem Rollstuhl zu uns durch und verteilte Flugblätter.**

Zu unserem Bedauern ergab sich allerdings doch noch ein Wermutstropfen. Obwohl wir seit Monaten um Teilnehmer geworben hatten, folgten nur vier VOS-Mitglieder (in Worten: vier!) unserer Einladung, nämlich Kamerad Gundel und Joachim Lambert aus Gelnhausen, Kamerad Dr. Martin Hoffmann aus Karlsruhe und ein Kamerad, dessen Name uns leider durch „die Lappen“ gegangen ist. Er möge uns das verzeihen!

Zudem schlug sich unser Kamerad Giese von der VOS-LG Hessen/ Rheinland-Pfalz, obwohl 91-jährig, beinamputiert und auf den Rollstuhl angewiesen, von Darmstadt zum Frankfurter Hauptbahnhof durch und verteilte dort Flugblätter. → S. 7



Im Osten belogen im Westen betrogen

Fortsetzung von Seite 6

Das verlangte uns selbstredend den allergrößten Respekt ab.

Hut ab vor dieser Leistung!

An dieser Stelle möchten wir auch allen herzlich danken, welche uns bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Aktion durch gute Ratschläge und Aufmunterungen geholfen hatten. Nicht vergessen möchten wir unsere Freunde der „Initiative ehemaliger DDR-Flüchtlinge“ aus Mannheim, welche mit einer starken Truppe in Frankfurt zu uns stießen und tatkräftig zum Gelingen dieser Aktion beitrugen. Auch Julia Franke aus Saulheim, welche intensiv geholfen hatte und auch die Fotos zu dieser Aktion schoss, möchten wir herzlich danken!

Zum Schluss möchten wir an dieser Stelle die Texte unserer Transparente mitteilen:

1. Sind die Qualen und das Leid der Opfer der SBZ/DDR-Diktatur vergessen?

2. Wir fordern eine gerechte moralische und materielle Würdigung unseres Kampfes für Freiheit und Einheit!

3. Wer die Opfer der SED-Diktatur verhöhnt und die Täter der roten Drachenbrut schützt, begeht Verrat an der Demokratie.

*Arno Selten, Gerd Franke,*
*VOS-LGr Hessen/ Rheinland-Pfalz.*

**Nachtrag:** VOS- Bundesvorstand und Redakteur danken für diesen wichtigen Textbeitrag sowie für das Gelingen der großartigen Aktion.

Die Abbildungen auf Seite 5 zeigen Ausschnitte aus den Transparenten. Foto auf Seite 6: Mit-Organisator Gerd Franke**. Fotos © J. Franke**

## Zusammenarbeit mit der UOKG

**I**n der VOS-Vorstandssitzung im September wurde bestätigt, Frank Nemetz (Landesvorsitzender LV Sachsen) als Koordinator und Ansprechpartner unseres Verbandes beim Dachverband UOKG einzusetzen. Bei Abwesenheit übernimmt Rainer Buchwald diese Funktion. Die VOS ist der UOKG bekanntlich vor einem Jahr wieder beigetreten.

## Doping: Verklärung bleibt, Aufklärung fehlt fast gänzlich

*Über eine Ausstellung in Neubrandenburg*

Die Ausstellung im Neubrandenburger Regionalmuseum zur Stadt- und Sportgeschichte zeigt eine unkritische Sicht auf ein komplexes Thema. Ein einzelner Hinweis auf das Doping beim Sportclub Neubrandenburg e.V. (SCN) in einem 15-minütigen Interview. Kein Hinweis auf die vielen Inoffiziellen Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit im Sportclub Neubrandenburg e.V. Im Neubrandenburger Sportgymnasium (Jahnsportforum) hängen im Jahr 2015 noch die "Bestenlisten" aus DDR-Zeiten aus. Sollen sich daran die heutigen Talente, darunter auch unsere Kinder, orientieren, ohne zu erfahren dass hier sportliche "Bestleistungen" auch unter Doping erreicht wurden? Nur in Anflügen gibt es in der Ausstellung Hinweise auf politische Zusammenhänge, die aber im Gesamtgefüge verloren- und untergehen. Für mich entstand im Großen und Ganzen der Eindruck, dass gut war, was damals geschah. Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Macher im Wesentlichen noch heute vom DDR- Sozialismus überzeugt sind. Wird deswegen auch die Aufarbeitung von Stasi und Doping in Neubrandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern verhindert?

Kein Wort war zu lesen über die verfallene Innenstadt Neubrandenburgs, über hoch verschuldete Wohnungsunternehmen, die durch den kommunistischen Subventionsirrsinn und fehlende Kostendeckung aufgrund extrem niedrig gehaltener Mieten nicht in der Lage waren, ihren Immobilienbestand ordnungsgemäß zu bewirtschaften, geschweige denn Mittel für Ersatzinvestitionen bereitzustellen. Gerade zum hochemotional besetzten Thema „Sozialpolitik“, welches untrennbar mit dem staatlich dirigierten Wohnungsbau in der ehemaligen DDR verbunden war und noch heute von vielen ehemaligen DDR-Bürgern verklärt wird, wären Aufklärung und Hintergrundinformationen notwendig. Letztendlich haben genau diese wirtschaftlichen Mechanismen, denen auch die DDR unterlag, u. a. die DDR in den Ruin getrieben.

Der Ausstellung zu neueren Stadt- und Regionalgeschichte Neubrandenburgs ist eine objektive, politisch-historische Einordnung leider nicht gelungen, obwohl diese erst im September 2013 eröffnet wurde. Unter dem Aspekt des Bildungsauftrages, den ein Museum der öffentlichen Hand ohne Zweifel hat, ist das fatal.

Nach einem Radiointerview (Oktober 2014 – http:// www.ndr.de/radiomv/Ortszeit-Sportler-Doping, audio221264.html versprach man Veränderungen. Diese sind bis heute ausgeblieben.

In diesem Interview wird auch eine erstaunliche Sicht von Seiten des Sportgymnasiums gezeigt.

Erstaunlich ist auch, dass keine öffentlichen Reaktionen der Neubrandenburger Kommunalpolitik diesbezüglich wahrnehmbar sind und Einfluss auf die öffentlich geförderten Einrichtungen, Vereine vorgenommen wird.

Die Opfer werden weiter verhöhnt, denn alle meinen, Aufarbeitung ist nicht ihr Thema. *André Rohloff*

**Ein Nachsatz zu diesem Thema:**

Doping im Leistungssport gehört weiterhin zu den dunklen Kapiteln in der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Trotz der Bemühungen von Ines Geipel oder Herbert Fischer (Deutschlandfunk) wurde bisher nur ein Bruchteil des tatsächlichen Missbrauchs offengelegt.

# Zerstörte Biografien lassen sich nicht einfach wieder

*VOS Chemnitz fordert beim Gedenken an den 17. Juni den Ausbau der Lernstätte Kaßberg*

Im Gedenken an die blutige Niederschlagung des Volksaufstandes von 1953 trafen sich auch dieses Jahr am 17. Juni viele Kameradinnen und Kameraden an der Stele auf dem Chemnitzer Kaßberg. Jener Erinnerungsort verdeutlicht wohl wie kein zweiter die kalkulierte Grausamkeit kommunistischer Gewaltherrschaft, nicht nur im einstigen Bezirk Karl-Marx-Stadt, sondern in der gesamten Republik. Umrahmt von musikalischer Begleitung, wurde durch Niederlegungen von Blumen und Kränzen am Mahnmal der Opfer des 17. Juni 1953 gedacht. Zur Feierstunde gekommen war der stellvertretende Bürgermeister der Stadt Chemnitz Philipp Rochold sowie Vertreter der Ratsfraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen, dazu Mitglieder von Landtag, Bundestag und öffentlichen Einrichtungen der Stadt. Die ehemaligen politischen Häftlinge vor Ort empfanden das Erscheinen der Politiker als Ehrerweisung und äußerten sich dankbar über die parteiübergreifende Teilnahme und die damit verbundene Verurteilung der kommunistischen Diktatur. Ein besonderer Dank gebührt den jüngeren politischen Vertretern. Dass die Aufarbeitung der repressiven Historie der DDR ein generationenübergreifendes Thema ist, bewies auch das Kommen zahlreicher Schülerinnen und Schüler des Karl-Schmitt-Rottluff Gymnasiums.

Nach den Kranzniederlegungen erinnerte Holker Thierfeld als Vorsitzender der VOS-Ortsgruppe Chemnitz in seiner Begrüßungsansprache die Anwesenden an die Tradition der jährlichen Zusammenkunft am 17. Juni, die auf eine Initiative Erwin Tränkmanns zurückgeht. Sein Vermächtnis bewahren die Kameradinnen und Kameraden bis heute. In einer Schweigeminute gedachte die VOS Chemnitz gemeinsam mit ihren Gästen der denunzierten, verfolgten, eingekerkerten und ermordeten Menschen in der DDR.

Zum 62. Jahrestag des 17. Juni gedachten sie insbesondere ihres verstorbenen Kameraden Heinz Schettler. Er hatte 1991 den ersten Vorsitz in Chemnitz übernommen und bemühte sich mit viel Engagement um die Kooperation der einzelnen Opferverbände. Heinz Schettler verbüßte wegen angeblicher staatsfeindlicher Hetze von 1970 bis 1976 eine Haftstrafe im Lager X, dem geheimen Arbeitslager der Staatssicherheit. Er wollte Willy Brandt auf postalischem Wege zu seiner gewonnenen Wahl gratulieren. Der Brief wurde jedoch abgefangen, Heinz Schettler kam in die Untersuchungshaftanstalt auf dem Chemnitzer Kaßberg. Sein Martyrium, geprägt von dauerhafter Überwachung und willkürlichen Verhören, endete aber nicht mit seiner Entlassung. Trotz der Schikanen und Repressionen blieb er bis zu seinem Tod ein politisch aktiver Mensch, der sich nach der friedlichen Revolution als ehrenamtlicher Schöffe für die nun unabhängige Justiz einsetzte.

In ihr Gedenken schlossen die Kameradinnen und Kameraden auch Margot Looß ein. Sie trug das Leid, welches ihr Mann Wolfgang Looß während seiner Jugend in den Haftstätten in Chemnitz, Bautzen und Sibirien erdulden musste, beharrlich und standhaft mit. Aufgrund ihres Todes, würdigte die Ortsgruppe Chemnitz die Courage von Angehörigen politischer Häftlinge. Bei der Bewältigung von Haft-Traumata und bei der Verarbeitung schrecklicher Erlebnisse können ihre Verdienste nicht hoch genug geschätzt werden. Menschen wie Margot Looß haben einen ganz persönlichen Anteil an der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur. Ihre Erinnerungen an politische Willkürurteile, Internierungen und Folter beschränken sich nicht auf ein einzelnes Datum. Ein Credo der Verbandsarbeit in Chemnitz lautet daher, so Holker Thierfeld, „überhaupt der Opfer von Diktatur und Gewaltherrschaft zu gedenken, ohne dabei zu instrumentalisieren, gleichzusetzen aufzurechnen oder gar zu bagatellisieren“.

Diese politische Maxime griffen auch die weiteren Redner in ihren Beiträgen auf. So sprach Detlef Müller (SPD) vom „Mut der Aufständischen am 17. Juni, von deren Furcht um ihr Leben“. Christian Kempe (CDU) wertete den Volksaufstand als „Schock für die Staatsführung der DDR“. Mit autobiographischen Einblicken gespickt, schilderte er seine Sicht auf die Tage im Sommer 1953. Er wünschte den Kameradinnen und Kameraden „einen ungebrochenen Willen“. Der jüngste Redner, Alexander Dierks (CDU), akzentuierte, wie schwer das Leben vor allem für junge Christen gewesen sei, bekamen sie am eigenen Leib zu spüren, was Unfreiheit in einer Diktatur bedeutete. Hanka Kliese (SPD) erinnerte daran, dass am 17. Juni 1953 in Chemnitz Scharfschützen postiert und Gummiknüppel verteilt wurden. Sie würdigte die Arbeit der Stasi-Unterlagenbehörde und verwies auf ein weiteres Erbe der SED-Diktatur: Das Kaßberg-Gefängnis. Von diesem Ort aus verkaufte die Staatsmacht Menschen gegen Devisen. Leider kommt der Ausbau der Gedenkstätte seit Jahren schon nicht mehr voran. Als Protest gegen den Stillstand rief die Landtagsabgeordnete später zum Flashmob an den Gefängnistoren auf. Dutzende Menschen, darunter Schüler, Opfer, Politiker und Förderer des „Lern- und Gedenkort Kaßberg e.V.“ protestierten nach der Gedenkveranstaltung für den Aufbau einer würdigen Gedenkstätte in Chemnitz.

Das Kaßberg-Gefängnis ist in seiner Form ein beispielloses Monument menschenverachtender Politik, das es zu erhalten gilt. Bisher besuchten über 6.000 Bürger den riesigen Gebäudekomplex, von wo aus Busse mit politischen Häftlingen in die Bundesrepublik fuhren. Im Sinne aller politisch Verfolgten des Kommunismus sowie des Nationalsozialismus ist es an der Zeit zu handeln. Der Leidensweg der Opfer endete nicht mit der Kapitulation des Dritten Reiches oder mit dem Einigungsvertrag. Zerstörte Biografien lassen sich nicht einfach wieder zusammensetzen, aber sie können (und müssen) dazu beitragen, nachfolgende Generationen aufzuklären und sie für Unrecht zu sensibilisieren. Die VOS- Ortsgruppe Chemnitz setzt sich daher auch weiter für die Einrichtung eines Lern- und Gedenkortes ein. „Die Opfer der Freiheitsbewegung“, so Holker Thierfeld, „lassen sich nicht auf den 17. Juni begrenzen.“ *Steffi Lehmann*

# Aufarbeitung DDR: Die Volkspolizei dein Feind und Angreifer

*Über Wahrheiten, die ein Vierteljahrhundert inzwischen vertuschen, die aber Einzelne noch kennen*

***Heute wird die Volkspolizei der DDR als korrekte Institution zur Bekämpfung des in der DDR natürlich auch existierenden Verbrechens eingestuft. Doch genug Leute der ehemaligen DDR – insonderheit damalige Jugendliche – wissen zu gut, dass auch die Volkspolizei Machtinstrument der SED und kaum besser als das MfS war und dass sich die zu ihr gehörenden Genossinnen und Genossen wenig wählerisch bei der Ausübung von Gewalt gegen die eigenen Staatsbürger zeigten***

So hätten es die Genossen des MDI (Ministerium des Innern) gerne gesehen: Mit den gemeinsamen Kräften des MDI gingen sie gegen alle anders Denkenden vor. (Verteilerliste unten). So wurde für Andersdenkende die Dienstvorschrift IX/6 (Barch. DO I 59938) vom 14. Juli 1965, die extra für alle dem MDI angehörenden Führungspersonen zusammen mit der Staatssicherheit erarbeitet wurden, bei der es sich um die Kontrolle von „kriminell gefährdeten Personen“ durch die deutsche Volkspolizei handelte. Zunächst stellt sich die Frage:

**Welchen Charakter hatte diese Dienstvorschrift?**
Zum einen ging es darum, schrittweise und planmäßig vorbeugend die Kriminalität zurückzudrängen, bzw. Andersdenkende aus dem System der sozialistischen Gesellschaft zu entfernen. Dies geschah sowohl über Personenkontrolle und Personenüberwachung, und das konnte – besonders in den 1950er bis 1980er Jahren – jeden x-beliebigen Bürger der DDR treffen. Ausgenommen waren natürlich die SED-Genossen, deshalb wurde unter Punkt 34 der Dienstvorschrift für diese Gruppe festgelegt: „Bekleiden unter Kontrolle stehende Personen wichtige Funktionen in Parteien, Massenorganisationen, in der Wirtschaft oder im öffentlichen Leben, dann ist diese unverzüglich einzustellen“.

Mit den Personenkontrollen waren überwiegend hauptamtliche Kriminalisten und die ABV (Abschnittsbevollmächtigten) sowie deren zivile Helfer beauftragt. Die Leiter dieser Überwachungsteams und deren Methoden gehörten dem Arbeitsgebiet V der Kriminalpolizei an. Sie hatten eine Personenkontrollakte anzulegen, welche nach Abschluss des jeweiligen Vorgangs beim Ministerium für Staatssicherheit vorzulebgen war.

Daraus wird klar ersichtlich, dass die Personenkontrollen eine direkte Vorarbeit der Volkspolizei für das MfS darstellten. Dies ist ein bis heute zu berücksichtigender Fakt.

Zieht man die letzte Feststellung genauer in Betracht, so muss man ganz nüchtern die Frage stellen, was es mit jenem in der DDR offiziell propagierten Motto auf sich hat:

**Die Volkspolizei dein Freund und Helfer?**
Kann man so naiv sein und glauben, was die Genossen Polizisten nach dem Mauerfall als ihre Aufgabe und Funktion im SED-Staat rechtfertigten? Bekanntlich erzählten sie den unbedarften „Wessis“, dass sie ja nur Polizisten – nämlich vergleichbar den „Kollegen“ in der Bundesrepublik – waren. Sie hatten demzufolge ganz legale Aufgaben zu erledigen, die der „Vorbeugung und Verhinderung von bedeutenden Straftaten“ dienten, wozu nun mal auch „der ungesetzliche Grenzübertritt“ gehörte, denn der gefährdete die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch seine schwerwiegende politische Beeinträchtigung. Der Einsatz der Volkspolizei war also auch auf den Schutz des sozialistischen Eigentums ausgerichtet und sollte die Angriffe gegen die allgemeine Sicherheit und die staatliche Ordnung abwehren. Die Personenkontrollen mit ihren speziellen Mitteln und Methoden sollten demnach besonders gefährliche Rechtsbrecher, Rückfalltäter und andere kriminell und asozial handelnde Personen rechtzeitig überführen und deren Straftaten aufdecken. Verhindert werden sollten zudem Störungen bei der Vorbereitung und Durchführung von politischen und gesellschaftlichen Kundgebungen und Festveranstaltungen. Weiter ging es um die „Bearbeitung“ von Personengruppen in Religionsgemeinschaften und Vereinigungen, die diese Tätigkeit zur Organisierung und Durchführung krimineller und feindlicher Handlungen zu nutzen versuchen. Und natürlich weiß man, dass alle persönlich-privaten Westverbindungen zur Kontaktaufnahme mit feindlich oder negativ eingestellten bzw. kriminell gefährdeten Personen zählten. Selbst Eltern oder Geschwister aus der „BRD“ waren feindliche Elemente. Man weiß, dass Polizisten oder Armee-Angehörige zu ihren im Westen lebenden Verwandten keinen Kontakt haben durften.

Im Ergebnis der Überwachung wurde ausgewertet, wie sich die beobachtete Person verhält, ob die bisherigen Erziehungsmaßnahme erfolgreich oder weitere erforderlich waren. Dementsprechend wurde dann die Personenüberwachung eingestellt oder weitergeführt.

Immer wieder waren von diesen Maßnahmen Jugendliche und sogar Kinder betroffen. Man findet dazu unter **Punkt 37:**

**VIII. Abschluss**

- a) Die Personenkontrolle ist abzuschließen: wenn im Ergebnis der Kontrolle festgestellt wurde, dass im Verhalten der Person positive Veränderungen eingetreten sind und keine Notwendigkeit für eine Weiterführung besteht;
- b) wenn die unter Kontrolle stehende Person inhaftiert oder in ein Heim des Ministeriums für Volksbildung oder des Gesundheitswesen untergebracht wird; legal aus der DDR verzieht, diese illegal verlassen hat oder ausgewiesen wurde; zum aktiven Wehrdienst einberufen wird (bei Ständiger Personenkontrolle ist das Wehrkreiskommando durch den Leiter der Kriminalpolizei zu informieren);
- c) wenn eine Übergabe der Personenkontrollakte an das Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei oder einer Dienststelle des Ministeriums der Staatssicherheit erfolgte.

**Punkt 38, Absatz 2 sagt aus:**
„Die Abschlussverfügung erfolgt vom Leiter der Kriminalpolizei, in dem das VPKA die Person registriert hat. Die Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit ist davon zu verständigen.

**Punkt 39:**
„Eingeleitete Maßnahmen (Aufträge zur Kontrolle und Beobachtung) sind aufzuheben“, Abschlusseintragungen in die Kerblochdatei sind vorzunehmen. → S. 10 oben

**Hier ein Einwand der Abt. K:**
Hierbei ist unklar, ob die Akte auch bei nicht ständiger Kontrolle bei der Abt. K geführt wird. Wir sind der Auffassung, dass es zweckmäßig ist, die Akten der unter nicht ständiger Kontrolle stehenden Personen in der Abteilung PM weiter zu führen.

Der Generalstaatsanwalt Streit meldet mit einem Schreiben am 17. Juni 1964 bei DDR-Polizei-Chef Dickel nachstehende Zweifel an:

*„Bedenklich erscheint mir aber die vorgesehene breite Erfassung.“ Und: „Die Formulierung – extensive Auslegung (Bl. 4) ist bedenklich, weil sie geeignet ist, subjektiven Auffassungen Tür und Tor zu öffnen. In einigen Abschnitten wird von der Erteilung von Ermittlungsaufträgen und Ermittlungshandlungen gesprochen. Das halte ich für bedenklich, weil diese Maßnahmen nicht mit solchen Maßnahmen identisch sind, die sich aus einem ordentlichen Ermittlungsverfahren ergeben. Es kann doch nicht so sein, dass Vorgänge bei der Volkspolizei bestehen bleiben, obwohl die Strafe bereits gelöscht wurde.*

*Abschließend möchte ich bemerken, dass es sich im Entwurf der Dienstvorschrift um Maßnahmen handelt, die ausgesprochen polizeilichen Charakter haben und deshalb keine Stütze in unseren Prozessgesetzen finden.*

*Diese Tatsache bringt es mit sich, dass die Tätigkeit zur Personenkontrolle auch nicht der Aufsicht der Staatsanwaltschaft unterliegt. Somit entfällt die Mitzeichnungspflicht durch mich. Um aber den Staatsanwälten der Bezirke Antwort auf diesbezügliche Fragen geben zu können, bitte ich Sie, mir ein Exemplar der Dienstvorschrift nach seiner Fertigstellung zu übersenden.“*

Daraus ergibt sich automatisch, dass diese Maßnahmen der Dienstvorschrift auf eine Gesetzwidrigkeit bauten und bis zum Ende der DDR unter anderen Bezeichnungen fortgeführt wurden (z. B. DV 031/70 des Ministers des Innern vom 22. Oktober 1970 in Barch. DO I 60032)

Die Dienstvorschrift IX/ 6 dagegen wurde am 14. Juli 1965 vom Minister des Innern DDR und Chef der Deutschen Volkspolizei Generalleutnant Dickel angewiesen und an nachfolgend aufgeführte Dienststellen weitergeleitet:

Minister des Innern, Erster stellv. Minister, ZK der SED, Kreisleitung der SED, Stab des MDI, Kaderverwaltung, Politische Verwaltung, Verwaltung Strafvollzug, Verw. Versorgungsdienste, HA Feuerwehr, HA Kriminalpolizei, HA Paß-u. Meldewesen, HA Schutz- u. Verkehrspolizei, HA Transportpolizei, Abt. Innere Angelegenheiten, Abt. Nachrichten, usw.

In einem Kurzhandanschreiben vom 21. Mai 1965 teilt dann der Oberstleutnant Grünstein seinen Genossen mit, dass nach Absprache mit der Rechtsabteilung zur Unterzeichnung des Entwurfs keine Bedenken bestehen. Den Generalstaatsanwalt hatte er hierbei wahrscheinlich vergessen oder absichtlich nicht genannt.

*Rainer Buchwald, stellv. Bundesvorsitzender*
*Stasi- und Volkspolizei-Opfer der DDR*

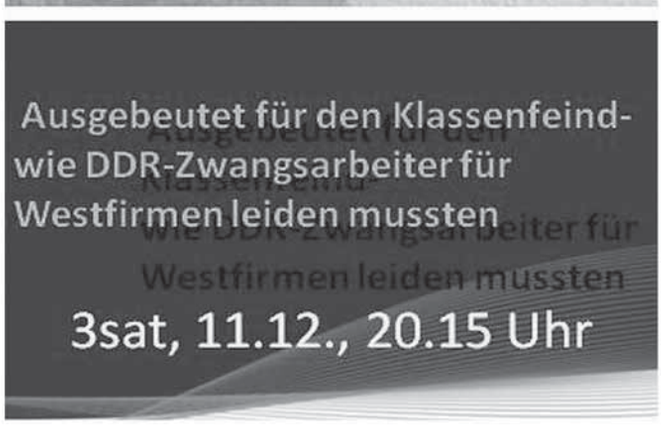
# Thema Zwangsarbeit im Fernsehen!

Liebe Kameradinnen und Kameraden,
liebe Leserinnen und Leser, liebe Interessierte,

am 11. Dezember um 20.15 Uhr strahlt das Fernsehen ein für ehemalige politische Häftlinge des SED-Regimes interessantes Feature von Achim Reinhardt und Claudia Butter aus.

## Fernsehsender 3 Sat.
## Ausgebeutet für den Klassenfeind.
## Sendetermin am 11. Dezember um 20.15 Uhr.

Wie üblich dürften bei Report aus Mainz einige Neuigkeiten zu erwarten sein, die vielleicht doch wieder etwas Belebung in das Thema bringen.
Dieselbe Sendung erfuhr ihre Erstausstrahlung über Report/Mainz bereits am 6. Oktober (21.45 Uhr) über ARD – Das Erste. Diese Information sollte an möglichst viele Betroffene weitergegeben werden, damit sich noch mehr Impulse und Bestätigungen von noch lebenden ehemaligen Häftlingen, die in den Strafanstalten von SBZ und DDR unter übelsten Bedingungen und ohne Lohn Zwangsarbeit leisten mussten, ergeben.




Leider ist das Thema seit mehr als einem Jahr für die Medien und die Politik fast völlig in Vergessenheit geraten. Und dies, obwohl wir gute Anfänge hatten und in der Freiheitsglocke deutlich geschildert haben, wie mit politischen Häftlingen verfahren wurde.
Die bisher vorliegenden Studien aus den BStU-Unterlagen liefern indessen erdrückende Beweise für den von uns angeprangerten Tatbestand der Zwangsarbeit für den West-Export. Dies ging hin bis zu Blutkonserven, die in bundesdeutsche medizinische Einrichtungen geliefert wurden, nachdem man sie Häftlingen abgenommen hatte.
Die Informationen für die vorstehende Meldung kommen vom Beauftragten der UOKG zur Aufarbeitung der Zwangsarbeit in der SBZ/DDR Dr. Christian Sachse.

*Fg/ BV d. VOS/ UOKG – Dr. Sachse*

## Einer, der immer unverwüstlich war

*Gregor Gysi zum Tag der Einheit als Zeitzeuge beim Fernsehsender Phönix*

Dass der kürzlich nach zehn Jahren Amtszeit als Fraktionschef der Linken zurückgetretene Gregor Gysi bei jeder passenden Gelegenheit im Fernsehen in den Talk Shows sitzt und vor allem die ahnungslos naiven „Wessis“ zu einem wohlwollend amüsierten Lächeln animiert, ist mittlerweile nicht neu. Nun wurde Gysi aber sogar anlässlich der Berichterstattung des Fernsehsenders Phönix zum Tag der deutschen Einheit als Zeitzeuge vor die live Kameras geholt. Und dies in einer Art, die manchen Zuschauer glauben ließ, dieser Gysi sei einst ein Bürgerrechtler, möglicherweise auch inhaftiert gewesen und er habe wesentlichen Anteil am Fall der Mauer. Oder etwa nicht?

Dabei war es vielmehr die Partei, der er bis dahin angehörte und deren Überleben hauptsächlich er rettete, die gegen die Wiedervereinigung angekämpft hat und die wirklich Widerstand leistende Menschen inhaftieren ließ. In dieser Partei wird bis heute der Mythos vertreten, den demonstrierenden Massen sei es im Herbst 1989 nicht um die Wiedervereinigung, sondern vielmehr um eine bessere DDR gegangen. Leider vermochten es die Moderatoren nicht, Gysi nach seiner Rolle in der SED zu fragen. Den Programmgestaltern kann man daher die Frage ebenso wenig wie den Politikern ersparen, warum man zu wenig Opfer und Verfolgte des Unrechtsregimes bei Gedenktagen einlädt.

Bereits im vorigen Jahr war zum Jubiläum des Mauerfalls kritisiert worden, dass ausgerechnet der Liedermacher Wolf Biermann in den Bundestag eingeladen wurde, wo er mit der Heißblütigkeit seines fortgeschrittenen Alters persönliche Rache an jenen Linken nahm, die seine Ausbürgerung bestenfalls als Jungpioniere miterlebt haben dürften und die sich dennoch zutiefst beleidigt fühlten.

Nun hat Gysi den Fraktionsvorsitz seiner Partei im Bundestag abgegeben. Von den beiden Nachfolgern heißt es, sie seien sehr gegensätzlicher. Und in der Tat war es mehr als einmal ersichtlich, dass hier unterschiedliche Ziele und Interessen unter einem Dach wohnen. Man kennt die Reibereien zwischen *Realos* und *Fundis* zwar auch bei B‘90/Die Grünen, aber dort herrscht allgemein mehr Individualität. Man darf daher gespannt sein, wie sich die Konstellation der Linken entwickelt, ob es nicht irgendwann zum Bruch zwischen den konträren Flügel kommt. *H. Diederich*

## Andreas Kaiser ist 65 Jahre

Der in Bonn lebende VOS-Künstler Andreas Kaiser begeht am 19. Oktober seinen 65. Geburtstag. Die Leserinnen und Leser der Fg kennen ihn durch seine herausfordernden, oft stark abstrahierten Kollagen und seine kompromisslosen und tiefgreifenden Sinnsprüche, mit denen er bezeichnende Verbindungen zwischen den SED- Ungeheuern der Vergangenheit und deren Einflussmöglichkeiten in der Gegenwart herzustellen vermag. Wir hoffen, Andreas Kaiser hat von beidem noch manche Probe parat und wünschen Gesundheit, Geschick, politische Klarsicht und künstlerisch ausgefallene Ideen, die wir auch fernerhin den Leserinnen und Lesern der Fg präsentieren können.

*AR/ HD*

## Strafarbeit in Neubrandenburg und Verweigerung eines Gedenkortes

*Wieder soll ein Stück der Unrechtsgeschichte der SBZ/DDR eingeebnet werden*

*Zur Erinnerungskultur bezüglich der wirklichen DDR-Vergangenheit zeichnet sich in Neubrandenburg derzeit ein Skandal ab, über den uns der aus der ehemaligen DDR-Bezirkshauptstadt stammende André Rohloff Folgendes berichtet:*

✉ Es existieren auf dem Neubrandenburger Lindenberg noch Original-Mauerreste und Wachtürme der Stasi, und zwar dort, wo sich früher die Zentrale im Bezirk Neubrandenburg und die Untersuchungshaftanstalt des MfS befanden. Dieses Ensemble ist einmalig in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Stadt Neubrandenburg möchte diese Einmaligkeit aber durchbrechen und dort einen Eigenheimstandort ausweisen lassen. Zudem lehnt die Stadtvertretung ein Erinnern an die Opfer der SBZ- und DDR-Diktatur ab.

Häftlinge des Ministeriums für Staatssicherheit aus dem Gefängnis Neubrandenburg leisteten im VEB Textilreinigungskombinat Neubrandenburg Zwangsarbeit. Nun kann man sicherlich darüber diskutieren, was Zwangsarbeit ist, wie man die Häftlinge dazu bewegte dies zu tun und warum sie es taten.

Im Jahr 1989 erbrachten die Häftlinge eine Leistung von 98.870,93 Mark (*Quelle: BStU, MfS BV Nbg., BDL Nr.26, BStU 000002)*. Die Funktionsmerkmale ihrer Arbeit, sowie die Fertigstellung von 300 kg Wäsche im Arbeitsprozess, waren genau geregelt. Die Strafgefangenen waren hier dem Strafgefangenenbrigadier unterstellt. *(Quelle: BStU, MfS BV Nbg., Abt. XIV Nr.1425, BStU 0044)*. Im Januar 1966 sollten zum Aufbau der Rinderzuchtanlage in Ferdinandshof zwischen 600 und 800 Personen, davon 300 bis 400 Strafgefangene, eingesetzt werden. Die Strafgefangenen wurden vom Landbaukombinat Neubrandenburg angefordert. (Quelle: Christian Sachse „Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur“, Seite 171)

Wann übernehmen die Rechtsnachfolger die Verantwortung für die kollektive Zwangsarbeit und lassen so wie andere Unternehmen inzwischen ihre Firmenepoche aufarbeiten?

Ein Denkmal für die längst überfällige Erinnerung an Unrecht, Tod, Folter, Haft zur SBZ- und DDR-Zeit zu errichten und somit ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und daran zu erinnern ist in Neubrandenburg, trotz eines vorliegenden Antrags in der Neubrandenburger Stadtvertretung - ein Wunschdenken. Da dieser Antrag durch die demokratisch gewählte Stadtvertretung ohne Angaben von Gründen abgelehnt wurde.

*André Rohloff*

**Über unseren Verband:**
Obwohl bereits mehr als 33.000 EUR an Sozialkosten als Nachzahlung geleistet worden sind, sind die VOS-Finanzen mit einem derzeitigen Kontostand von ca. 30.000 EUR (im Ist) stabil. Der Verband hat derzeit ca. 1.330 zahlende Mitglieder; das Durchschnittsalter liegt (immerhin noch) bei 68,5 Jahren. Es geht also weiter.

*Der VOS-Bundesvorstand*

# Gerade noch das Auspeitschen blieb den DDR-Häftlingen erspart

*Jörg Bilke kehrt für Fernsehaufnahmen an seine Leidensstätte Waldheim zurück*

Während unseres einwöchigen Urlaubs letzte Woche auf der dänischen Insel Bornholm erhielt ich einen Anruf vom MITTELDEUTSCHEN RUNDFUNK in Leipzig, ob ich nicht am 9. September nach Waldheim kommen könnte, man wollte mit meinem Waldheimer Haftkollegen Hartmut Brix (Jahrg. 1941), der heute in dem Ort Liebertwolkwitz bei Leipzig lebt, und mir am 10. September einen halbstündigen Film über das Zuchthaus Waldheim drehen, der im März 2016, wenige Wochen vor dem 300. Gründungstag dieses Zuchthauses am 3./4. April 2016, in der MDR-Serie „Der Osten – Entdecke, wo du lebst“ ausgestrahlt werden soll.

Um 15.38 Uhr am 9.September fuhr ich von Coburg ab, musste in Lichtenfels, Leipzig und Riesa umsteigen und erreichte Waldheim um 21.06 Uhr, wo mich Christian Schulz (Jahrg. 1968), der Regisseur des Films, am Bahnhof abholte. Der Bahnhof liegt außerhalb der Stadt auf einem Berg, ich wollte die Strecke immer einmal zu Fuß gehen, wie viele meiner Haftkollegen, die vor mir entlassen worden waren und mit der Fahrkarte und dem wenigen Geld, das von ihrem Lohn angespart worden war, den Berg hinaufsteigend den Bahnhof erreicht hatten. Aber jetzt wurde ich abgeholt, und am Donnerstag nach den Dreharbeiten war ich dann doch zu müde und musste mich fahren lassen.

Hier hatte 1790 bereits Goethe auf dem Weg nach Schlesien übernachtet. Angenehme Gesellschaft!

Christian Schulz stammt aus dem Sauerland und ist während des Studiums nach Leipzig gekommen. Am Hotel „Goldener Löwe“, neben dem die Straße zum Zuchthaus führt, war, das wusste ich schon, eine Tafel zur Erinnerung angebracht, dass Goethe hier 1790 auf dem Weg nach Schlesien und 1813 auf der Rückkehr von Teplitz in Böhmen nach Weimar in Thüringen übernachtet hätte.

Angenehme Gesellschaft!

Nach dem Abendessen gegen 22.00 Uhr ging ich auf mein Zimmer und schaute aus dem Fenster auf den Niedermarkt, wo mein Mithäftling Helmut Trost in der Nacht vom 29. zum 30. September 1963, nach seinem Ausbruch an einem Samstag, ein Moped geklaut und damit nach Oschatz gefahren war. Dort war er bei seinem früheren Chef eingebrochen, hatte sich mit Lebensmitteln versorgt und hatte dann einen PKW Moskwitsch kurzgeschlossen, mit dem er Richtung Harz gefahren war.

„Na, Trost, warum sind Sie denn ausgebrochen? Gefällt es Ihnen nicht bei uns?“

Tagsüber schlief er in den Wäldern, nachts fuhr er. In der dritten Nacht wurde er auf einer Kreuzung von der „Volkspolizei“ festgenommen – wie in solchen Fällen üblich – furchtbar verprügelt und zurückgebracht nach Waldheim. Er wurde dann dem Anstaltsleiter vorgeführt, der ihn mit folgenden Worten begrüßte: „Na, Trost, warum sind Sie denn ausgebrochen? Gefällt es Ihnen nicht bei uns?“

Das alles fiel mir wieder ein, als ich nachts am Fenster stand und hinausschaute. Neben dem Hotel lag das Rathaus, wo letztes Jahr im Ratssaal Friedemann Schreiters Waldheim-Buch (2014) vorgestellt worden war. Ich musste an meinen Freund Benno Prieß (1928 bis 2015) denken, der lange Jahre den Vorsitz der „Waldheimer“ innehatte in Calw/Nordschwarzwald und der am 31. März 2015 verstorben ist. Weder er noch ich noch irgendeiner der Strafgefangenen, die zu Tausenden in der am 3./4. April 1716 eröffneten Strafanstalt eingesperrt waren, hat jemals die eigentliche Stadt Waldheim, in der wir jahrelang lebten, mit ihren Einwohnern gesehen.

Am nächsten Morgen beim Frühstück lernte ich die beiden Kameraleute kennen und ging danach zur einzigen Buchhandlung am Ort, um zu sehen, welche „Waldheimer Hefte“ neu erschienen waren. Die Buchhandlung hatte seit 7.00 Uhr geöffnet, weil hier, wie mir erklärt wurde, die BILD-Zeitung an die Arbeiter, die früh vorbeikämen, verkauft würde.

Die „stolze Arbeiterklasse“ aus den DDR-Zeiten, die 40 Jahre lang nur NEUES DEUTSCHLAND lesen durfte, ist seit einem Vierteljahrhundert ausgestorben.

„Hier sitz ich lieber als gegenüber!“

Im Herbst 1989 hat ein Waldheimer Pfarrer mit der auf einmal für die Bedürfnisse der Häftlinge zugänglichen Anstaltsleitung verhandelt und erreicht, dass die Gefangenen besseres Essen bekommen. Ach, Herr Pfarrer, schrieb ich damals, warum haben Sie denn nicht mit Ihren Freunden das Gefängnis gestürmt und die Gefangenen befreit?

Gemächlich ging ich danach den Marktplatz entlang und bog nachher rechts ab zur heutigen Justizvollzugsanstalt. Gegenüber liegt der „Waldheimer Hof“, eine Gaststätte, an deren Fenster eine Losung angebracht war: „Hier sitz ich lieber als gegenüber!“ Vor dem Eingang zur Strafanstalt links lag zu DDR-Zeiten die Gaststätte „Ernst Schneller“, die heute „Waldheimer Schelle“ heißt.

Als ich am Eingang geläutet hatte, musste ich an August Röckel (1814 bis 1876) denken, der nach dem Dresdner Aufstand vom 3. bis 9. Mai 1849 verhaftet und zu lebenslanger Haft verurteilt worden war. Er hat später darüber 1865 das Buch „Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim“ veröffentlicht, worin er seinen nächtlichen Transport unter Bewachung von der Festung Königstein im Erzgebirge nach Waldheim schildert: „Fünf Minuten später hielt der Wagen vor dem Tor des Zuchthauses. Der Gerichtsbote schellte; das Tor wurde geöffnet und schloß sich wieder hinter mir – auf mehr denn elf Jahre.“

Als ich den Ausweis abgegeben hatte, bekam ich ein Kärtchen zum Umhängen und einen Schlüssel für den Gepäckschrank. Von einem Stuhl erhob sich ein Mann, der nicht wie ich bei der ELMO (VEB Elektromotoren – *d. Red.*) gearbeitet hatte, sondern als Dreher bei UNION Gera: Hartmut Brix! In Waldheim kannten wir einander nicht, zumal er schon im Oktober nach Lübben verlegt wurde.

→ Seite 13 oben

Ich traf hingegen erst am 2. September 1962 in Waldheim ein. Was er erlebt hat, das haben Tausende von DDR-Bewohnern nach dem Mauerbau vom 13. August 1961 erfahren müssen. Das „Schlupfloch“ nach Westberlin war gesperrt! Man konnte nicht mehr einfach mit einer S-Bahn-Fahrkarte und einem Köfferchen von Ostberlin nach Westberlin und dann ins Notaufnahmelager Marienfelde fahren.

Jetzt lief eine Verhaftungswelle durch das Land, die „Staatssicherheit“, die vor dem Mauerbau noch vorsichtig operieren musste, rächte sich jetzt an denen, die politische Witze erzählt oder Briefe an die DDR-Regierung wegen der Missstände im Land geschrieben hatten oder einfach nur einmal für wenige Stunden in die „Frontstadt“ Westberlin gefahren waren, um den Wohlstand zu bestaunen und nachzuschauen, ob denn das auch stimmte, was ihnen die Lehrer und die Parteifunktionäre oder auch die DDR-Zeitungen über den untergehenden „Kapitalismus“ erzählt hatten, der damals in der „dritten Phase der allgemeinen Krise“ steckte.

Nichts davon stimmte, deshalb kehrte man voller Zorn vom Ausflug nach Westberlin zurück und erzählte Freunden und Bekannten, was man gesehen und gehört hatte in der verführerischen Glitzerwelt am Ku`Damm, die sich so deutlich vom grauen DDR-Alltag abhob. Nach dem 13. August wurden diese Westberlin-Touristen zu „Staatsfeinden“ erklärt und viele von ihnen verhaftet.

Hartmut Brix wurde am 2. September 1961 verhaftet und musste in einer Zelle der „Transportpolizei“ übernachten, am 3. September wurde er in Handschellen quer durch den Leipziger Hauptbahnhof geführt, unter den erschrockenen Blicken der Bahnreisenden. Offensichtlich waren im Untersuchungsgefängnis der „Staatssicherheit“ keine Zellen frei, denn auch in Peter Sodanns Buch „Keine halben Sachen“ (2008) kann man nachlesen, dass er am 9. September 1961 morgens um 5.30 Uhr verhaftet und dann stundenlang durch Leipzig gefahren wurde, weil in der Beethovenstraße keine Zelle frei war. Ich wurde fünf Stunden nach ihm verhaftet und erlebte die Überbelegung des Gefängnisses ebenfalls, weil nur drei Pritschen in der Zelle standen und der vierte Mann auf dem Fußboden schlafen musste. Das setzte sich in Torgau fort, wo 600 Gefangene ohne Arbeit waren, weil es für so viele Leute keine Arbeit gab. Aber sie waren nun erst mal verhaftet und damit als „Staatsfeinde“ unschädlich gemacht!

Hartmut Brix wurde im Oktober 1962 in das Haftarbeitslager Lübben verlegt, das dem MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT unterstand, und schon im Februar 1963 nach Bautzen I, ins „Gelbe Elend“. Von dort wurde er am 20. Mai 1964 entlassen, nachdem er am 9. November 1961 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Er gehörte ebenso wie ich zu den 300.000 politischen DDR- Häftlingen, die von 1949 bis 1989 in einem Rechtsstaat für ihre Taten nie verhaftet und verurteilt worden wären.

Zurück zum Zweck meines Besuches: Zuerst wurde im Zuchthaushof gedreht, immer wieder dieselben Szenen, es war ermüdend! Dort arbeiteten auch lebenslänglich verurteilte Häftlinge, einen davon hatten die MDR-Leute Tage zuvor interviewt, weil im Film ja auch die heutigen Verhältnisse in der Strafvollzugsanstalt gezeigt werden sollten. Er war etwa, ich sah ihn dort stehen mit anderen Häftlingen, 40 Jahre alt, sah aus wie erwachsene Männer eben aussehen: Er hatte in der Diskothek ein Mädchen kennen gelernt, hatte es dann im Auto erwürgt, die Leiche mit nach Hause genommen und sich daran vergangen! Dann gingen wir ins Sächsische Strafvollzugsmuseum im Verwaltungstrakt, wo es eine nachgebaute Einzelzelle aus der Weimarer Republik gibt, die unseren Zellen täuschend ähnlich sah.

„Die ‚Züchtlinge‘ wurden „zum ‚Willkomm‘ ausgepeitscht.“

Im Museum mussten Hartmut Brix und ich an einem Miniaturnachbau die Topografie des Zuchthauses erklären. Auch die Zeit des 19. Jahrhunderts, die Zeit August Röckels, war recht gut dokumentiert, auf einem der Gemälde sah man einen „Züchtling“, wie das damals hieß, der mit nacktem Oberkörper an einen Pfahl gebunden war und von einem Wärter ausgepeitscht wurde. Das kann man bei August Röckel nachlesen, der geschrieben hat, die frisch eingelieferten „Züchtlinge“ wären hier „zum Willkomm ausgepeitscht“ worden, damit sie schon zu Beginn ihrer Haftstrafe merkten, wo sie waren!

Mir blieb das Auspeitschen am 2. September 1962 erspart, denn damals gab es schon den „humanen Strafvollzug“ des Sozialismus. Was die Folterknechte des Königsreichs Sachsen 1849/50 durch körperliche Züchtigung erreichten: den Menschen zu entwürdigen und zu brechen, das schaffte die DDR- Rechtsprechung durch unmenschlich hohe Haftstrafen! Und während die Zuchtmeister in Waldheim auf die *Züchtlinge* einprügelten, schlief Meister Goethe ruhig in seinem Bett wenige Meter entfernt im „Goldenen Löwen“.

Über Döbeln und Leipzig, Saalfeld und Kronach, wo mich meine Frau abholte, fuhr ich zurück nach Coburg. Ich war müde und seltsam erschöpft!

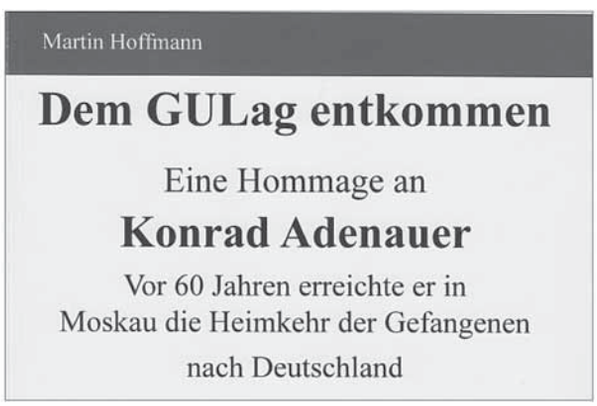
*Jörg Bernhard Bilke,*
*Coburg, 13. September 2015*

***Anm. d. Red.:*** Das vom Autor genannte Buch von August Röckel ist bei einigen Internetanbietern in unterschiedlichen Fassungen als gebrauchte Ausgabe zu erwerben. Das abgebildete Cover wurde ebenfalls aus dem Internet genommen.

## „Dem Alten“ verdanken wir vieles

*Ein weiteres Buch von Martin Hoffmann*

In den Medien wurde es kürzlich breit und häufig thematisiert, wie Kanzler Adenauer vor sechs Jahrzehnten nach Moskau reiste und für die Freilassung der deutschen Gefangenen warb. Es war ein unsicheres Unterfangen, aber der Einsatz lohnte. Adenauer gewann dadurch enorm an Ansehen. Auch in anderen Belangen war er der wichtigste Politiker im Nachkriegsdeutschland. Ein neues Grundgesetz, ein demokratisches Staatswesen sind sein Werk. Die Neubindungen an die USA und Frankreich waren entscheidend, um den weiteren Zugriff Stalins auf den westlichen Teil Europas zu verhindern.




Man könnte meinen, „der Alte“, wie Adenauer genannt wurde, sei genug gerühmt worden. Und doch hat Dr. Martin Hoffmann – ein unverwüstlicher und unermüdlicher, geistvoller Wortkämpfer in den Reihen der VOS – allerhand zusammengetragen, was sich um diesen großen Politiker ereignete und was heute als bemerkenswertes Zeitzeugnis anzusehen ist. Da sind Fotos, Briefmarken, Postkarten oder persönliche Schreiben, und nicht zuletzt ist da jene Passage aus der VOS-Festschrift, in der einer der Besuche Adenauers im Kreis ehemalige politischer Häftlinge dokumentiert ist. Selbige Besuche gehören zu den Highlights der Verbandsgeschichte, und der damals anwesende Franz-Friedrich Welter kann sich noch fast wörtlich an die Worte Adenauers erinnern, stellten sie doch einen beinahe rührenden Schulterschluss zwischen den Ex-Häftlingen und Adenauer, der sich ebenfalls in politischer Haft befunden hatte, dar. Dies und vieles mehr hat Dr. Hoffmann in seinem neuen Buch festgehalten. Ein optischer Leckerbissen, großformatig und mit übersichtlichen Farbabbildungen, der seinen Preis von 18,90 Euro sicher wert ist. Zu beziehen beim Helmesverlag Karlsruhe unter ISBN 978-3-940567-26-0 oder über die VOS-Geschäftsstelle. *Valerie Bosse*

**Empfehlung:** Die Festschrift der VOS wurde zum 50-jährigen Bestehen herausgegeben. Auch sie ist für (10 Euro Schutzgebühr) noch erhältlich.

## Erbe der frühen VOSler weiterführen

*Eine Buchlesung und deren Konsequenzen*

Am 18. September 2015 fand in Greifswald eine Buchlesung mit Angela Marquardt und dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des MfS Roland Jahn statt. Angela Marquardt schilderte ausführlich, wie sie als Minderjähriger in die Fänge des MfS geraten ist. Später konnte sie sich befreien, jedoch durfte sie kein Studium aufnehmen. Die Wende im Jahr 1989 verhinderte noch Schlimmeres.

So wie es Angela Marquardt erging, wurden zwischen Rügen und Rennsteig Tausende von Kindern und Jugendlichen als Inoffizielle missbraucht. Sie wurden bedroht und eingeschüchtert. Der Jüngste, von dem man weiß, war erst 12 Jahre alt. Das MfS nutzte die Unsicherheit Jugendlicher skrupellos aus. Noch heute leiden viele Betroffene unter diesem Missbrauch und fürchten sich vor einer Offenlegung ihres Schicksals. Es wäre jedoch wichtig und bedürfte der Unterstützung der Gesellschaft.

Ein Schritt in diese Richtung könnte meine Petition an den Deutschen Bundestag sein, in der ich die Aberkennung der akademischen Grade des MfS forderte. Zu diesen akademischen Graden gehörten Diplom-und Fachschularbeiten des MfS, in denen der systematische Missbrauch von Kindern und Jugendlichen als IM untersucht und „verbessert“ wurde.

Roland Jahn sprach über diesen Missbrauch, er schilderte, dass sich für junge Menschen, die sich aus den Fängen des MfS befreien konnten, berufliche und persönliche Nachteile ergaben. Ihnen wurde ein höherer beruflicher Werdegang (z.B. Meisterstudium) verwehrt. Im privaten Leben wurden sie observiert und gegen sie operativ ermittelt. Die Verfolgung wurde auch auf deren Angehörige ausgeweitet.

Unser gemeinsamer Dank gilt jenen, die ihren Freiheitswillen mit Inhaftierung bezahlen mussten und die politische Wende in der DDR eingeleitet haben. Durch diesen mutigen Einsatz konnte Schlimmeres verhindert werden. Vielen Betroffenen ist erst Jahre später bewusst geworden, welche Gefahren ihnen und ihren Angehörigen gedroht haben.

Ich selbst sehe es als Verpflichtung an, als jüngeres Mitglied der VOS, das Erbe unserer älteren Kameraden, die schlimme Schicksale erlitten haben, fortzuführen. Es ist auch ein Dank für die Unterstützung anderer, die ich 1998 bei der Durchsetzung meiner Rehabilitierung im Freistaat Thüringen erhalten habe. *Peter Heubach*

## „Reziprozität und Kommunismus“

*Was passiert mit dem menschlichen Körper?*

Ein interessantes Buch über einige Mechanismen des menschlichen Körpers – auch auf Leiden wie Haft, Flucht und andere Drangsalierungen anwendbar – hat der Psychosozialverlag (24,90 €, ISBN 978-38379-2353-7) unter dem Titel „Körperökonomien“ herausgebracht. Mehrere Autor(inn)en schildern u. a. (leider mit zu vielen Fremdwörtern), wie sich die (Miss)achtung der Menschenwürde auf die körperliche Konstitution auswirken kann und sich „Reziprozität und Kommunismus“ (hier auch: bolschewistischer Staatszentrismus) zueinander verhalten. Das Buch bzw. das Thema ist stark gegenwartsbezogen. Es sollte bei einer Fortführung mehr historisch reale Aspekte einbeziehen, somit ließen sich konkrete Beiträge zur Vergangenheitsaufarbeitung finden. *V.B.*

# Das letzte große Ziel hat er nicht mehr erreicht

*Zum Tode von Kamerad Wolfgang Loos, der bis zuletzt für eine Gedenktafel am Chemnitzer Kaßberg und für die Weiterführung der Gedenkstätte gekämpft hat*

Im Alter von 86 Jahren starb – wenige Tage vor Vollendung seines nächsten Lebensjahres – Anfang Oktober unser Kamerad Wolfgang Looß aus der VOS-Gruppe Chemnitz. Kamerad Looß war ein sympathischer, zupackender und gutmütiger Charakter, der bei allen beliebt war. Ob in der VOS, bei Politikern oder bei den Foren, in denen er als Zeitzeuge auftrat, er wurde respektiert und angenommen. Was er zu berichten hatte, war authentisch und klar. Dabei haben ihn die sieben Jahre, die er von 1945 bis 1952 in etlichen sowjetischen Lagern – darunter auch das berüchtigte Workuta – zubringen musste, viel Kraft gekostet und seiner Gesundheit zugesetzt. Er war gerade mal 16 Jahre, als man ihn inhaftierte. Wie so viele andere, die sein Schicksal teilten, wurde er von den Sowjets ohne Urteil in die Gefangenschaft geschickt. Damals – wir wissen es längst – reichte allein die Anschuldigung, Werwolf-Mitglied gewesen zu sein, auch wenn der Betreffende keine Waffe in der Hand gehabt hatte. Stalin, die Sowjets wollten ihre Rache, und da machte man keinen Unterschied zwischen wirklichen Kriegsverbrechern und Unbeteiligten.

Wolfgang Looß hat das oft genug wiedergegeben, wie man selbst mit Jugendlichen, die bei Ausbruch des Krieges noch Kinder waren, umging. Und er ist immer konsequent für Gerechtigkeit und wahre Aufarbeitung eingetreten. Bis zuletzt – noch zur Gedenkveranstaltung anlässlich des Volksaufstands von 1953 am Kaßberg-Gefängnis, von Chemnitz, als er wie sooft eine Rede hielt – hat er die Verbrechen des Kommunismus beim Namen genannt und so den verstorbenen Kameradinnen und Kameraden eine nachträgliche Ehre erwiesen. Wie immer lauschten ihm auch bei dieser Gedenkveranstaltung die Anwesenden – Schülerinnen und Schüler sowie die Abgeordneten aus der Politik und natürlich die anwesenden Opfer selbst – mit besonderer Aufmerksamkeit.

Mit seinem Tod ist nun eine weitere Lücke in den Reihen der Zeitzeugen und Initiatoren der Aufarbeitung entstanden. Gerade jetzt, wo es in Chemnitz darum geht, den Stillstand beim Weiterbau des Lern- und Gendenkortes am ehemaligen Stasi- Untersuchungsgefängnis durchzusetzen, ist sein Fehlen ein großer Nachteil. Kamerad Looß hat sich seit 2011 intensiv für ein sichtbares Erinnern an jenem authentischen Ort in Chemnitz eingesetzt. Haben doch von hier Tausende politische Häftlinge ihren Weg in die Freiheit angetreten. Andere haben ihre Freiheit hier verloren, nachdem man sie verhaftet hatte. Es wäre unverständlich, wollte man sich dem Drängen nach einer Erinnerungstafel, das auch von Wolfgang Looß ausging, weiter widersetzen. Mehrmals hat Kamerad Looß gegenüber der Politik eine solche Gedenktafel gefordert, die an die Verbrechen des Stalinismus' erinnern sollte. Fest steht, das Warten geht nun weiter. Nicht nur das Warten, sondern auch das Kämpfen und Beharren auf unserem Recht.

Wolfgang Looß ist einer von denen, die gezeigt haben, wie wichtig dieses Kämpfen ist. Wir werden das fortsetzen, was er mit uns begonnen hat. Wir sind es ihm und allen Opfern schuldig.

*AR*

*© Foto: http://www.gedenkort-kassberg.de/*

## Hinweis zum Gedenkort:

In dem Internetauftritt des Lern- und Gedenkortes Kaßberg (ehemalige Stasi-U-Haft Karl-Marx-Stadt) finden sich nicht nur umfassende Informationen über Zeitzeugen und aktuelle Geschehnisse. Hier kann man einiges über geschichtliche Ereignisse nachlesen, Termin über kommende Veranstaltungen erfahren und sich über Publikationen der Medien und einzelner Autorinnen und Autoren informieren. Und natürlich gibt auch der Verein, der 2012 gegründet wurde und dem man unter Beachtung der Satzung beitreten kann, seine Visitenkarte ab. Zu finden unter: http://www.gedenkort- kassberg.de/ *HD*

## Wir trauern um

| | |
|---|---|
| **Irmgard Hanke** | **Bezirksgruppe Cottbus** |
| **Lothar Friedrich** | **Bezirksgruppe Dortmund** |
| **Walter Reißweck** | **Bezirksgruppe Jena** |
| **Margot Loh** | **Bezirksgruppe Schwerin** |
| **Günther Rudolph** | **Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe** |
| **Wolfgang Looß** | **Bezirksgruppe Chemnitz** |
| **Karl Poller** | **Bezirksgruppe Chemnitz** |

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

# Auszeichnung für Beratertätigkeit

*Harry Hinz erhält die Ehrenamtsnadel der SPD*

Der Parteivorstand der SPD hat unserem Kameraden Harry Hinz als Dank und Anerkennung für sein Engagement in der vielgestaltigen Beratung von benachteiligten SED-Opfern die Ehrenamtsnadel des SPD-Parteivorstandes verliehen. Dazu hieß es in einem Anschreiben:

> *Das Leben der Menschen besser machen:*
> *Du zeigst wie es geht.*

Die Auszeichnung hat freilich einen faden Beigeschmack, denn Kamerad Hinz hatte bei der Bundes-SPD die Förderung seines Beratungsprojekts eingereicht, was dann „wegen der Vielzahl“ weiterer Bewerbungen nicht berücksichtigt wurde. Harry Hinz hilft seit Jahren DDR-Opfern in vielen Fragen. Man weiß, dass in den alten Bundesländer keine Landesbeauftragten eingesetzt sind und bei den hier lebenden ehemaligen Häftlingen oftmals Probleme bei den Renten oder im Entschädigungsrecht entstehen. *Fg/ BGSt*

## Pressemitteilung:
## Erklärung „Betroffene Heimkinder der DDR“

Der Vertreter der Heimkinder im Fonds Heimerziehung DDR und Mitglied im Lenkungsausschuss Heimfonds DDR, Ralf Weber, gibt nachfolgende und durch einstimmigen Beschluss der Arbeitsgruppe „Betroffene Heimkinder der DDR“ (ABH DDR) legitimierte Erklärung ab.

**1.** Der Zusammenschluss und die im Interesse der betroffenen Heimkinder beider deutscher Staaten gemeinsam gegründete Arbeitsgruppe ehemaliger Heimkinder Deutschland (AeHD) wird mit sofortiger Wirkung aufgekündigt. Beide Gruppen sind nicht mehr berechtigt im Namen des AeHD zu handeln, oder Erklärungen abzugeben.
Die Auflösung der gemeinsamen Arbeitsgruppe, wird durch den Austritt, der vormals selbständig agierenden Arbeitsgruppe ABH DDR, aus dem AeHD notwendig. Die sachliche Zusammenarbeit der beiden Betroffenengruppen ist mit sofortiger Wirkung beendet.
Dieser Schritt wird notwendig, nachdem es zu Eigenmächtigkeiten einer Person gekommen ist und damit eine Arbeitsgrundlage nicht mehr auf gemeinsamer Vertrauensbasis stattfinden kann.

**2.** Die von der Politik eingesetzte Ombudsperson ist wegen eigenmächtiger Handlungen und damit einhergehenden massiven Vertrauensbruch und dem Verlust einer gemeinsamen Arbeitsgrundlage, zwischen seiner Person und den Vertretern der Heimkinder DDR, der Arbeitsgruppe ABH DDR, für die Funktion einer Ombudsperson nicht mehr geeignet Das Vertrauen der Arbeitsgruppe ABH DDR, gegenüber der Ombudsperson ist nicht mehr gegeben.

**3.** Mit dem Austritt aus dem AeHD nimmt die Arbeitsgruppe „Betroffene Heimkinder der DDR“ (ABH DDR) die Interessenvertretung der Heimkinder der DDR wieder selbständig wahr. Die Interessenvertretung für die Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ für Opfer der Heimerziehung aus Psychiatrien und der Behindertenhilfe, wird ebenfalls durch die Arbeitsgruppe ABH DDR wahr genommen. Im ABH DDR sind Betroffene dieser Opfergruppen vertreten.

*Berlin den 28.September 2015*
gez. Rainer Buchwald, gez. Roland Günsche,
gez. Roland Militz, gez. Ralf Weber
Ansprechpartner Ralf Weber:
E-Mail: roland_militz@gmx.de


**VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)**
**Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin**
**PVSt Deutsche Post**
**Entgelt bezahlt**
**G 20 666**

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

**Bundesgeschäftsstelle der VOS**
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
**Telefon / AB: 030 – 2655 23 80** und **030 – 2655 23 81**
**Fax: 030 - 2655 23 82**
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
**IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01**
**BIC: PBNK DEFF**
**Spenden sind steuerlich absetzbar**

**Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:**
**Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82**
**Mail: lv-berlin@vos-ev.de**
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Redaktion und Satz: A. Richter
redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Satzherstellung Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

**Jahresbeiträge:**

| | |
|---|---|
| – **einheitlich für alle Mitglieder** | 45,00 € |
| – Ehepartner | 15,00 € |
| – Aufnahmegebühr Mitglieder | 2,60 € |
| – Abonnement der Freiheitsglocke | 24,00 € |

**Spenden unbedingt erbeten!**

**Internetseiten der VOS** www.vos-ev.de
Nummer 757/8 erscheint im Dez. 2015 als Doppelausgabe
Redaktionsschluss der FG **756:** 10. Oktober 2015